

## Zum Boom beim Maisanbau in Schleswig-Holstein



## Ursachen der „Vermaisung“

Seit Mitte 2000 ist der Maisanbau in Schleswig-Holstein förmlich „explodiert“. Aufgrund unzureichender Vorgaben in landwirtschaftlichen Fachgesetzen, insbesondere zur Fruchtfolgegestaltung, einer fehlgeleiteten EU-Subventionspolitik und massiver Förderung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist es zu einer drastischen Ausweitung der Mais-Anbauflächen gekommen. In den nördlichen Landesteilen von Schleswig-Holstein nimmt Mais mehr als 50 Prozent der Gemeindeflächen und zum Teil über 70 Prozent der Ackerflächen ein. Das schadet unserer heimischen Tier- und Pflanzenwelt und beeinträchtigt die Lebensqualität der Menschen auf dem Land erheblich.

Die Anbaufläche von Mais hat sich innerhalb weniger Jahre von 102.408 Hektar (2005) auf 179.500 Hektar (2013) fast verdoppelt. Auf rund der Hälfte der Fläche wächst Mais für die Fütterung unserer Hochleistungskühe. Auf der anderen Hälfte wird Mais für die über 620 <sup>(1)</sup> Biogas-Anlagen in Schleswig-Holstein angebaut. Das EEG fördert u. a. die Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen für die Biogas-Erzeugung. Mais ist ein landwirtschaftliches Multitalent: Er ist unproblematisch im Anbau, denn er hat nur geringe Bodenansprüche, einen hohen Technisierungsgrad und eine hohe Wasser- und Nährstoffeffizienz. Mais liefert in der Regel hohe Biomasseerträge bei guter Silierbarkeit und in Biogasanlagen den mit Abstand den höchsten Gasertrag. Im Gegensatz zu vielen anderen Kulturpflanzen ist Mais gut „gülleverträglich“, was ihn für tierhaltende Betriebe so attraktiv macht.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass die meisten Anlagen mit Mais als Haupt-Gärs substrat betrieben werden.

Silomais-Anbaufläche in	2005	2013	
Schleswig-Holstein	102.408 ha <sup>(2)</sup>	179.500 ha <sup>(2)</sup>	+ 75%
Deutschland	1.262.500 ha <sup>(3)</sup>	2.038.000 ha <sup>(3)</sup>	+ 61%

## Probleme durch zu viel Mais für Umwelt und Natur

Der großflächige Maisanbau verursacht eine Vielzahl an Problemen für die Umwelt und Natur, aber auch für die Lebensqualität der Menschen in den ländlichen Regionen:

- Zu viel Mais verändert unser Landschaftsbild nachteilig.

- Zu viel Mais gefährdet unser Trinkwasser: Der Maisanbau findet besonders auf der sandigen Geest statt. Aufgrund hoher Gülle- und Gärrestegaben und fehlender Deckschichten wird das Grundwasser – unsere Trinkwasserquelle – massiv gefährdet.
- Zu viel Mais führt zum Verlust an biologischer Vielfalt: Mais ist eine spät keimende aber dann schnell und hoch wachsende Pflanze unter der keine Begleitflora wächst. Vögel, wie z. B. Kiebitz und Rebhuhn verlieren dadurch wichtige Brut- und Nahrungshabitate.
- Zu viel Mais befördert Erosion: Dadurch, dass die abgeernteten Maisflächen im Herbst und Winter in der Regel ohne Bewuchs sind, sind die Böden dem Wind und Regen schutzlos ausgesetzt. Besonders in Hanglagen kann es zu Bodenerosion kommen.
- Zu viel Mais in der Fruchtfolge erhöht langfristig den Pestizideinsatz: Mais wird überwiegend ohne Fruchtfolge angebaut, d. h. auf Mais folgt Mais. Auf lange Sicht fördert dies schwer zu bekämpfende Beikräuter, aber auch Schadinsekten wie Maiszünsler und Maiswurzelbohrer. In anderen Bundesländern ist dies schon zu beobachten. Die Folge sind der Einsatz von Insektiziden mit teilweise katastrophalen Folgen für die Begleitfauna - Beispiel Clothianidin (Neonicotinoid) und Bienensterben.
- Bei zu viel Mais droht Gen-Mais: Bisherige Maissorten sind vor allem als Futterpflanzen gezüchtet worden. International wird daran gearbeitet, auch mit Hilfe der Gentechnik, Maissorten zu entwickeln, die eine höhere Energieausbeute in Biogasanlagen gewährleisten und resistent gegen Schädlinge sind.

## **Was will der Umwelt- und Naturschutz?**

Aus Sicht des BUND ist nicht die Biogas-Erzeugung an sich das Problem, sondern aus welchen Rohstoffen das Gas erzeugt wird. Wir brauchen Biogas nach wie vor für die Energiewende, weil es grundlastfähig und speicherbar ist. Deshalb besteht unsere wesentliche Forderung darin, endlich in der Landwirtschaft zu einer „guten fachlichen Praxis“ im Sinne des Natur- und Gewässerschutzes zu kommen.

### Unsere Forderungen für einen umweltverträglichen Maisanbau:

- Fruchtfolge mit mindestens drei Kulturen. Standortangepasste Fruchtfolgen sind Kern einer guten fachlichen Praxis

- Regionalspezifisch verträglicher Maisanteil an der Gesamtbetriebsfläche (maximal 50 Prozent)
- Kein Umbruch von Dauergrünland zu Ackerland
- Mindestens zehn Prozent der Betriebsfläche als strukturbildende Landschaftselemente (Feldgehölze, Knicks, Hecken, Kleingewässer)
- Pufferzonen an allen Gewässern und nahe sensiblen Gebieten (Schutzgebiete, Wald)
- Keine Überdüngung, Gärreste sind anzurechnen (max. 40 Kilogramm Stickstoff pro/ Hektar Bilanzüberschuss)
- Schutz vor Bodenerosion (z. B. Mulchsaat, Winterbegrünung, Zwischen- und Untersaaten).

#### Lösungen:

- Vollzug bestehender Fachgesetze durch Bereitstellung von ausreichendem Personal in den Unteren Naturschutzbehörden
- Anpassung landwirtschaftlicher Fachgesetze mit Vorgaben zur Fruchtfolgegestaltung, insbesondere Anpassung der Düngeverordnung
- Möglichkeiten der Landesplanung (Raumordnungsplan) ausschöpfen
- Förderung der Umstellung bestehender Biogas-Anlagen auf naturverträgliche Substrate
- Änderung der landwirtschaftlichen Subventionspraxis: Direktzahlungen müssen an ökologische Mindeststandards gebunden werden (siehe oben)
- Flächenangepasste Tierhaltung

**Nur wenn es gelingt, den Maisanbau umweltverträglich zu gestalten, wird die Subventionierung der Landwirtschaft durch die Gesellschaft wie auch der Biogasproduktion auf eine breite Akzeptanz stoßen. Es muss also auch im Interesse der Landwirtschaft selbst liegen, der einseitigen Landbewirtschaftung ein Ende zu setzen.**

**Fazit: Nicht Biogas-Anlagen sind der Feind der Vielfalt im Feld, sondern mangelhafte Regeln für die landwirtschaftliche Praxis und ein nicht ausreichender Vollzug der herrschenden Umweltgesetzgebung!**

Quellen:

- 1) Fachverband Biogas e.V., Branchenzahlen 2012
- 2) Statistisches Landesamt für HH u. S-H
- 3) Statistisches Bundesamt

Impressum: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)  
Landesverband Schleswig-Holstein e. V. , Lerchenstr. 22, 24103 Kiel,  
Tel.: 0431-66060-0, Fax: -33, E-Mail: bund-sh@bund-sh.de, www.bund-sh.de  
Text & Gestaltung: Carl-Heinz Christiansen, Dr. Ina Walenda, Juni 2013

